

Die Regierung wollte Hass-Imame treffen. Jetzt gibt es Kritik von einem katholischen Kardinal und einem schwedischen Seemannspfarrer

Eine Gesetzesvorlage zur Übersetzung von Predigten soll Hassprediger bekämpfen, wird aber jetzt sowohl von Katholiken als auch von Protestanten auf europäischer Ebene kritisiert. Gleichzeitig bezweifeln Experten, dass das Gesetz überhaupt einen Effekt haben wird. Die Sozialdemokraten sagen, dass es kompliziert ist, dieses Gesetz zusammenzusetzen, bestehen jedoch darauf, dass Offenheit notwendig ist, weil es Gift für die Integration ist, wenn Imame Terror dulden.

Mads Bonde Broberg, Jyllands-Posten, 26.01.2021

Es schafft enorme Probleme, beeinträchtigt die Religionsfreiheit und schadet Dänemarks Image als freies Land.

Sowohl in Dänemark als auch in Europa wird eine bevorstehende Gesetzesvorlage der Regierung massiv kritisiert, die die Religionsgemeinschaften dazu zwingen wird, Predigten in anderen Sprachen ins Dänische zu übersetzen. Gleichzeitig weisen Experten darauf hin, dass Gesetzeslücken es fraglich machen, ob das Gesetz überhaupt einen Effekt haben wird.

Der Vorschlag basiert auf Beispielen extremer Aussagen von Imamen, betrifft aber auch christliche Kirchen. Und diese sind empört. Die Europäische Kirchenkonferenz (KEK) protestierte am Dienstag in einem Brief an Ministerpräsidentin Mette Frederiksen und Kirchenministerin Joy Mogensen gegen den Vorschlag.

„Es wird das Image Dänemarks als offene, liberale und freie Nation trüben, die auf einem christlichen Kulturerbe mit individuellen Rechten und Pflichten beruht“, heißt es unter anderem in dem Brief des Vereins, der aus 140 protestantischen, orthodoxen und anglikanischen Kirchen besteht, einschließlich der dänischen Nationalkirche.

Der Gesetzesvorschlag ist für die zweite Februarhälfte geplant. Nach Angaben der KEK ist dies für die Kirchen ein derartiges Ärgernis, dass es möglicherweise gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt, wonach jeder Bürger das Recht hat, seinen Glauben zu praktizieren. Nach Angaben der KEK können die Ausnahmen für z.B. öffentliche Sicherheit und Gesundheit eine solche Intervention, wie sie die Regierung beabsichtigt, nicht rechtfertigen.

Seemannspfarrer: Wahnsinniger Vorschlag

Die katholische Kirche in der Europäischen Union, Comece, protestiert ebenfalls gegen den Vorschlag. Comece ist sich bewusst, dass das Ziel darin besteht, „Radikalisierung vorzubeugen und Anstiftung zu Hass und Terrorismus entgegenzuwirken“, aber „negative oder diskriminierende Auswirkungen auf Kirchen und Religionsgemeinschaften, die gegen solche Taten sind, (sondern) im Geiste des Friedens und der Integration handeln, sind zu vermeiden“, liest es sich unter anderem in einer Erklärung von Kardinal Jean-Claude Hollerich, Erzbischof von Luxemburg und Vorsitzender von Comece.

Er sieht den Vorschlag als „Untergrabung der Religionsfreiheit“ und verweist auch auf die Menschenrechte.

Unverblümt drückt es Seemannspfarrer Ib Philblad aus Göteborg aus, der unter anderem in der kleinen schwedischen Seemannskirche in Skagen predigt.

„Ich denke, es ist ein verrückter Vorschlag, aber wenn es so kommt, müssen wir uns daran halten“, sagt er und fügt hinzu:

„Wir halten keine dämonischen Predigten. Wir sind wie die dänische Nationalkirche.“

Keine der fremdsprachigen Kirchen in Dänemark, mit denen Jyllands-Posten Kontakt aufgenommen hat, unterstützt den Vorschlag. In der norwegischen König-Haakon-Kirche drängt Pastor Jan Otto Fredwall darauf, einen anderen Weg zu finden, um Kontrolle auszuüben, und weist auch auf ein praktisches Problem hin.

„Man hält immer drei Predigten. Die, die man auf Papier vorbereitet, die, die man in der Realität hält, und die, von der man später meint, dass man sie hätte halten sollen“, sagt er.

Bedeutet das, dass man jetzt Tonbandgerät aufstellen muss, um die eigentliche Predigt aufschreiben und übersetzen zu können?

Die Details im Gesetzesvorschlag werden erst bei der Vorlage bekannt. Aber wenn es dem ursprünglichen Programm der Sozialdemokraten entspricht, sollen die Glaubensgemeinschaften selbst für die Kosten der Übersetzung aufkommen. Laut Kirchenministerin Joy Mogensen ist es dabei nicht möglich, eine Regelung zu finden, die ausschließlich für Muslime gilt. Es wurden Ausnahmen für die grönländische, färöische sowie die deutsche Minderheit in Südjütland erwägt, aber bislang gab es keine Aussagen zu einer eventuellen Lösung.

Es gibt auch zwei deutsche Kirchen in Kopenhagen. In der einen, der Sankt Petri Kirche, sagt Pastorin Rajah Scheepers, dass man kein Extremist davon wird, wenn man seinen Glauben in einer anderen Sprache als Dänisch praktiziert.

„Ich bin selbstverständlich völlig gegen jeden Terror, und natürlich sind wir in der Sankt Petri Kirche keine Terroristen. Wir sind nette und friedliche Menschen und möchten einfach nur unsere deutschen Lieder singen und unsere deutschen Worte hören. Wir sind überhaupt keine Terroristen“, sagt sie und fügt hinzu, dass die Kirche vier oder fünf Predigten pro Woche übersetzen müsste, was auch Beerdigungen usw. umfasst.

Pastor Axel Bargheer von der Deutschen Reformierten Kirche sieht es als etwas Natürliches an, das nicht davon erschwert werden sollte, den Glauben in der eigenen Muttersprache auszuüben. Er erklärt es mit einer Gegenfrage:

„Wenn du in Schwierigkeiten bist und ein Vaterunser beten möchtest, würdest du es auf Englisch tun? Nein, natürlich auf Dänisch, auch wenn du im Ausland bist. Es gibt eine enge Verbindung zwischen Sprache und Glaube“, sagt er.

Die französische Kirche: Wir haben den gleichen Feind

In der französischen reformierten Kirche betont der Vorsitzende Philip Maury, dass die Kirche Dänemark gegenüber loyal ist.

„Das einzige, was in der französischen reformierten Kirche von der Kanzel aus gepredigt wird, ist die Botschaft der Liebe“, sagt er und findet es nicht „objektiv begründet“, die Predigten zu übersetzen.

Als Beispiel für den Zusammenhalt mit Dänemark erwähnt er, dass Vertreter der Regierung und der königlichen Familie 2015 und 2016 nach islamistischen Terroranschlägen in Frankreich bei Gedenkzeremonien in der Kirche anwesend waren.

„Wir haben den gleichen Feind wie der dänische Staat. Ich kann gut verstehen, dass man sich Sorgen darüber macht, was aus den Moscheen gepredigt wird. Aber dann denke ich, dass man das ehrlich und redlich so formulieren muss, wenn wir hier ein Problem haben, und dann muss man die daraus entstehende Konfrontation akzeptieren.“

In der anglikanischen St. Albans Church weist Pastorin Smitha Prasad auf mehrere praktische Fragen hin, darunter, dass man nicht immer dem Manuskript folgt und gelegentlich improvisiert, „vom Heiligen Geist inspiriert“. Sie sagt voraus, dass das Übersetzen teuer sein wird, da die Religion viele Nuancen hat.

„Es gibt hier einen Grad an Raffinesse, der professionelle Fähigkeiten erfordert, was zu Zeitaufwand und finanziellen Konsequenzen führt“, erklärt sie in einer E-Mail.

Der dänische Kirchenrat, eine Vereinigung christlicher Gemeinden in Dänemark, ist ebenfalls gegen den Vorschlag.

„Wir sehen darin einen Verstoß gegen die dänische Tradition der Freiheit und Vielfalt, auf die wir stolz sind. Es geht auch gegen die lutherische Tradition, in der wir immer die Bedeutung der

Muttersprache betonen, und darüber hinaus auch die besonders dänische Tradition Grundtvigs, in der das Konzept der Sprache des Herzens wesentlich ist“, heißt es in einer Erklärung.

In Briefen an die Ministerpräsidentin und die Kirchenministerin haben die dänischen Bischöfe vor dem Vorschlag gewarnt.

„Das Gesetz birgt einen schrecklichen Verdacht gegen Menschen, die eine andere Sprache sprechen“, erklärt ihr Sprecher, Bischof Peter Skov-Jakobsen, der Jyllands-Posten.

Der Bischof war 1988-98 Pfarrer der dänischen Seemannskirche in Hull in England, wo Dänen in Großbritannien dänische Traditionen pflegten und Gottesdienste besuchten – auf Dänisch.

„Obwohl sie sich sehr über ihren britischen Ehegatten und über Großbritannien freuten, hatten sie einen kleinen Rückzugsort, an dem sie Dänisch sprachen“, sagt der Bischof, der bezweifelt, dass das Gesetz das Problem der Hassprediger lösen wird:

„Es kann sein, dass ich zu sehr von der Lehre der Kirche zur Erbsünde beeinflusst bin, aber ich kann mir nicht wirklich vorstellen, dass tatsächliche Hassprediger so vornehme und gesetzestreue Menschen sein sollten, dass sie ihre hasserfüllten Predigten ins Dänische übersetzen und sie bei den korrekten Behörden einreichen.“

Experten: Viele Gesetzeslücken

Auch Experten haben ihre Zweifel am Gesetz.

„Es ist sehr schwer zu erkennen, wie es tatsächlich in der Lage sein sollte, die erwähnten Probleme zu erfassen. Gleichzeitig kann ich durchaus verstehen, dass die Kirchen erstaunt sind, wie ihnen misstraut wird. Die Moscheen sind wahrscheinlich eher daran gewöhnt, verdächtigt zu werden“, sagt Professorin Lene Kühle von der Universität Aarhus, die die dänischen Moscheen erfasst hat.

Unter anderem wird „praktisch nicht überprüft“, ob die Übersetzung korrekt ist.

„Es würde erfordern, dass eine Person vor Ort an jeder Predigt teilnimmt“, sagt Lene Kühle, die darauf hinweist, dass es nicht einfach ist, vom Arabischen ins Dänische zu übersetzen, wo z.B. das Wort „abt“ sowohl Diener als auch Sklave bedeuten kann.

„Aber es hat eine ganz andere Bedeutung, ob man den Menschen als Sklave oder Diener Gottes übersetzt.“

Ein weiterer Punkt ist, dass sich der Vorschlag auf Predigten konzentriert, aber dass auch z.B. der Unterricht in einer Glaubensgemeinschaft problematisch sein kann. Schließlich ist es laut Lene Kühle wahrscheinlich, dass nur eine Minderheit der Moscheen umfasst wird, da nur etwa ein Drittel der rund 170 Moscheen in Dänemark anerkannte Glaubensgemeinschaften sind.

„Wir warten noch auf die Gesetzesvorlage, aber es ist nicht richtig zu erkennen, wie eine Vorlage erstellt werden kann, die auch die nicht anerkannten Moscheen umfasst“, sagt sie.

Der Religionsforscher und Islam-Experte Niels Valdemar Vinding von der Universität Kopenhagen bezweifelt ebenfalls die Wirkung.

„Es gibt viele Gesetzeslücken“, sagt er und fügt hinzu:

„Es wird nicht viel an den Problemen durch extreme Aussagen ändern, dass man eine Übersetzung der Predigten einfordert. Außerdem kann man sowas massenweise im Internet finden.“

Er hält den Zugang insgesamt für gescheitert.

„Hier wird zu sehr die Peitsche geschwungen“, sagt Niels Valdemar Vinding, der darauf hinweist, dass der Vorschlag wahrscheinlich nur für anerkannte Religionsgemeinschaften gelten wird, die mehr Rechte haben, aber auch Kontrollen unterliegen und z.B. Finanzübersichten einreichen müssen. Jetzt wird es weniger attraktiv, anerkannt zu werden:

„Es kostet einen großen Aufwand, zu übersetzen, und gleichzeitig liegt ein Element des Misstrauens darin.“

Er würde es vorziehen, daran zu arbeiten, mehr Glaubensgemeinschaften in den Kreis regulierter, anerkannter Organisationen zu bringen.

Sozialdemokraten: Bedürfnis nach Offenheit

Kirchenministerin Joy Mogensen will sich erst äußern, wenn der Gesetzentwurf eingereicht wurde. Stattdessen äußert sich der Sprecher für Ausländer der Sozialdemokraten, Rasmus Stoklund.

„Wir wünschen uns einen besseren Einblick in die Gedanken und Werte, die in Dänemark gepredigt werden, weil wir glauben, dass es Gift für die Integration ist, wenn wir zum Beispiel Imame hören, die Terrorismus dulden, Hass gegen Homosexuelle oder Juden verbreiten oder auf andere Weise die Menschen ermutigen, abseits der Werte der dänischen Demokratie zu leben, anstatt dänischer Mitbürger zu sein“, sagt er und erklärt, dass es nicht einfach ist, ein Gesetz zusammenzusetzen.

„Der Grund, warum wir keine konkrete Gesetzesvorlage vorgelegt haben – und deshalb kommt die Kritik vielleicht etwas verfrüht – ist eben dieser Wunsch, ein Modell zu finden, bei dem wir für niemanden unnötigen Ärger verursachen“, sagt Rasmus Stoklund, der hinzufügt, dass das Gesetz auch Offenheit für z.B. fundamentalistische christliche Gemeinden schaffen soll.

Wäre es nicht möglich, einen Standard für Moscheen und einen anderen für Kirchen, die kein Dänisch sprechen, einzuführen?

„Das ist einer der Faktoren, die es kompliziert machen. Und deshalb untersuchen wir gerade, welche Möglichkeiten es gibt.“

Rasmus Stoklund merkt auch an, dass das Gesetz nicht alleinstehen sollte. So sollen z.B. auch Geheimdienste den Extremismus beobachten.